

Aus dem Plenum

Ein Abstimmungsmarathon zum Landeshaushalt stand den Abgeordneten bevor, als sie sich zu den Plenarsitzungen am 28., 29. und 30. April im Plenarsaal des Landtags zusammenfanden. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes und das Thüringer Haushaltsgesetz 2010.

Aber auch die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes, die Bestätigung des Mittelfristigen Finanzplans für die Jahre 2009 bis 2013 für den Freistaat Thüringen und der Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwick-

lung der Finanzwirtschaft des Landes wurden abschließend behandelt.

Wie unter Beteiligung Thüringens der Parlamentarismus auf europäischer Ebene gestärkt werden kann, war ebenso ein Thema wie der Antrag der FDP-Fraktion zu den Maßnahmen der Thüringer Landesregierung zur Unterstützung der Lutherdekade. Für eine lebhaft debattierte auch ein Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, der die Novellierung des Strafgesetzbuchs zwecks Verbesserung des Schutzes von Polizeibeamten, Feuerwehrlern und Rettungskräften vorsieht. Dieser Antrag wurde ohne Ausschussüberweisung mehrheitlich angenommen.



Mit Ablauf des 30. April legte Dieter Althaus (CDU) sein Landtagsmandat nieder. Parlamentspräsidentin Birgit Diezel dankte dem Ministerpräsidenten a.D. für seine Verdienste um den Freistaat. „Dieter Althaus ist ein Landtagsabgeordneter der ersten Stunde“, so Frau Diezel. „Für seinen unermüdeten Einsatz gebührt ihm große Anerkennung.“ Mandatsnachfolger ist ab 1. Mai Innenminister a.D. Manfred Scherer.

Parlament verabschiedet den Landeshaushalt für 2010 – Einsparungen unausweichlich

Der Landeshaushalt für das Jahr 2010 ist verabschiedet.

Nach dreitägiger Beratung stimmte das Parlament dem Haushalt am 30. April zu.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD votierten für den Landesetat mit einem Gesamt-

volumen von rund 9,8 Milliarden Euro.

Damit erhöhen sich die Ausgaben des Freistaats gegenüber dem Vorjahr um etwa 800 Millionen Euro. Trotz der vorhandenen Rücklagen ist dafür eine Neuverschuldung in Höhe

von 820 Millionen Euro nötig. Allerdings beschloss der Landtag Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD, mit denen die von der Regierung ursprünglich geplante Neuverschuldung um 60 Millionen Euro verringert wurde.

Der Abstimmung im Plenum ging eine intensive Beratung in den Fachausschüssen, insbesondere im Haushalts- und Finanzausschuss voraus. Insgesamt standen dabei 870 Anträge der Fraktionen zur Abstimmung.

Landtag stimmt Kindergartengesetz zu - Bundesweit einzigartige Garantie für Kindergartenplätze

Die Betreuung in Thüringer Kindergärten wird sich künftig erheblich verbessern. Die Weichen dafür stellten die Parlamentarier in ihrer Sitzung am 29. April im Landtag. Fast einmütig stimmten sie dem neuen Kindertagesstätten-gesetz zu. Das Volksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik“ wurde damit hinfällig.

Ab dem 1. August 2010 haben Eltern mit der Vollendung des ersten Lebensjahres ihres Kindes einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Hinzu kommt, dass die Kindertageseinrichtungen täglich

bis zu zehn Stunden geöffnet werden. 2400 neue Erzieher-

stellen sollen in Thüringen geschaffen und von den Kommunen entsprechende Räume vorgehalten werden, um diesen Anspruch umsetzen zu können.

Auf diese Weise soll das Betreuungsangebot verstärkt und die frühkindliche Bildung weiter verbessert werden.

„Wer Familie und Beruf miteinander vereinbaren möchte, findet damit in Thüringen die allerbesten Bedingungen“, so Bildungsminister Christoph Matschie (SPD).



Neugierige Zuschauer der Plenarsitzung am 29. April

Kurz gemeldet

Mit einer Schweigeminute gedachten die Parlamentarier zum Auftakt ihrer Sitzung am 28. April der Opfer des Flugzeugunglücks, bei dem der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski und zahlreiche Begleiter ums Leben kamen. + + + Die Freundeskreise Litauen und Mordowien des Thüringer Landtags haben sich Ende April neu konstituiert. Als Vorsitzende wurden Gustav Bergemann (CDU) und Egon Primas (CDU) erneut bestätigt. + + + Sprachlich und politisch gebildet zum Landessieg: Alexander Ritz und Milena Fritzsche, beide aus Weimar, siegten beim Thüringer Landeswettbewerb „Jugend debattiert“, dessen Finale am 22. April im Landtag ausgetragen wurde. + + + Interessierte Schülerinnen nutzten am Girls´ Day 2010 die Gelegenheit, sich über Ausbildungsmöglichkeiten im Thüringer Landtag zu informieren und das Verhalten in Einstellungstests zu üben. + + + Als stete Mahnung zur Aufmerksamkeit und Mithenschlichkeit bezeichnete Thüringens Landtagspräsidentin Birgit Diezel den Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium, der sich am 26. April zum achten Mal jährte. „Wir sollten uns davor hüten, dieses schreckliche Ereignis in Vergessenheit geraten zu lassen“, so Diezel.

Aus der Arbeit der Ausschüsse

Umweltausschuss:

Anhörung von K+S zur Eindampfanlage Unterbreizbach beschlossen

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz befasste sich am 23. April mit dem Verzicht des Konzerns Kali+Salz auf die Installation einer Eindampfanlage zur Verringerung des Salzgehalts in den Abwässern des Thüringer Kaliwerks Unterbreizbach.

Diese Anlage gehörte ursprünglich zum Maßnahmenpaket, welches der Konzern zur Verringerung der Umweltbelastung zugesagt hatte.

Abgeordnete und Landesregierung äußerten ihr Unver-

ständnis. Die Landesregierung machte deutlich, dass es nach 2012 keine neuen Einleitgenehmigungen geben wird, wenn das Unternehmen nicht die Zusage erfüllt, den Standort Unterbreizbach kaliabwasserfrei zu machen.

Die Abgeordneten beschloßen, das Unternehmen schriftlich um Stellungnahme zu bitten. Nachdem ersichtlich ist, welche konkreten Planungen die Kaliindustrie in Unterbreizbach verfolgt, soll über das weitere Vorgehen beschlossen werden.

Justizausschuss:

Jugendmedienschutz weiter stärken

Eingehend und durchaus kontrovers beschäftigte sich der Justizausschuss Ende April mit dem Entwurf des Jugendmedienschutzstaatsvertrags. Fortschritte im System der Kontrollen zu erreichen sei ein gemeinsames Anliegen aller Bundesländer, betonte Ausschussvorsitzender Ralf Hauboldt (DIE LINKE). Er fügte hinzu, dass eine vollständige Kontrolle nie möglich sein werde.

Dennoch komme es darauf an, die Möglichkeiten optimal auszuschöpfen und zu einheitlichen Regelungen zu gelangen. Der bewährte Weg

der freiwilligen Alterskontrolle solle konsequent fortgesetzt werden, immer unter Einbeziehung der Medien, Verbände und anderer Akteure. Die Landesregierung informierte den Ausschuss zudem über die Ergebnisse der 48. Europaministerkonferenz im März sowie der 84. Plenartagung des Ausschusses der Regionen der EU im April.

Dabei ging es um aktuelle europäische Politikfelder, insbesondere auch um die bessere Rechtsetzung und den Bürokratieabbau in der EU sowie die Berücksichtigung der deutschen Sprache.

Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags

12. Juni 2010 | 10 bis 18 Uhr

Landtagspräsidentin lobt Förderpreis jugend@ehrenamt aus

Im Rahmen des diesjährigen Tages der offenen Tür am 12. Juni wird Landtagspräsidentin Birgit Diezel erstmals den Preis **jugend@ehrenamt** vergeben. Gewürdigt werden soll damit der freiwillige Einsatz Jugendlicher für andere Menschen und für das Gemeinwesen. Jugendliche können ihre Projekte im Plenarsaal des Landtags vorstellen. Eine Jury wird die besten Initiativen auswählen, die im Anschluss auf der Hauptbühne vor dem

Landtag ausgezeichnet werden. „Ob sportlich, kulturell, schulisch, musisch, sozial oder ökologisch – wir suchen Projekte, die beweisen, dass Helfen wichtig ist und Spaß macht“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel bei der Vorstellung des Wettbewerbs.

Vereine, Verbände oder Einzelpersonen können sich mit besonders bemerkenswerten Projekten um den Preis bewerben. Auch Vorschläge Dritter sind willkommen.

Ausstellungen

Anthony Lowe

Flussbrücke tanzt mit Kirchturm

Opulente Farb- und Perspektivkompositionen hielten Ende April Einzug in das Thüringer Landesparlament. Flussbrücke tanzt mit Kirchturm: So lassen sich die gemalten Stadtansichten von Anthony Lowe wohl am besten beschreiben. Das Auge des Betrachters wird mittels einer Vielzahl miteinander kombinierter Perspektivansichten durch New York, London, München, Dresden, Gera oder Altenburg und schließlich durch den Garten des Künstlers geleitet. „Lebensräume“, so nannte der gebürtige Brite seine Ausstellung, die den Betrachter in bekannte Metropolen sowie in seine Wahlheimat Thüringen führt.

Landtagspräsidentin Birgit Diezel eröffnete die Ausstellung im Beisein des Künstlers gemeinsam mit Dr. Thomas Matuszak, dem Leiter der Grafischen Sammlung des Lindenau-Museums Altenburg.

Mit dem Mythos Stadt greife Anthony Lowe ein Thema auf, das für das künftige Zusammenleben der Menschen so brisant wie kaum ein anderes sei, sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel bei der Eröffnung der Ausstellung. So steht die derzeit in Shanghai stattfindende Weltausstellung „Expo 2010“ unter dem Motto „Bessere Städte – besseres Leben“ ganz im Zeichen der Entwicklung in den Metropolen der Welt. Insofern eröffnet die Ausstellung im Landtag eine

Perspektive weit über Thüringen hinaus.

Geboren in London, lebt Anthony Lowe seit 1990 in Deutschland. 1988 entschied er sich für ein Auslandsjahr an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig u. a. bei Bernhard Heisig.

Er erlebte Leipzig in der Vorwendezeit und kehrte 1990

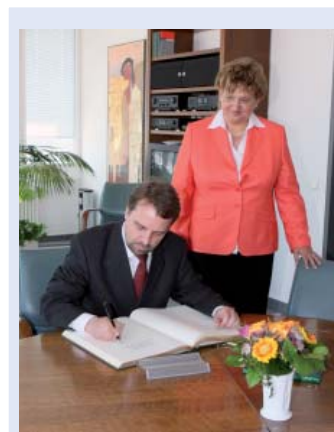


Führte musikalisch durch die Metropolen: Bernd Klinke auf dem Saxophon.

auf Dauer dorthin zurück. Seit 2000 wohnt er in dem kleinen Ort Saara unweit von Altenburg.

Die Ausstellung im Landtag, die noch bis zum 8. Juni zu sehen ist, spiegelt seine künstlerische Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren wider.

Montag - Freitag 8 - 18 Uhr



Am 13. April stattete der Botschafter der Republik Litauen in der Bundesrepublik Deutschland, S. E. Mindaugas Butkus, Landtagspräsidentin Birgit Diezel seinen Antrittsbesuch ab.

Dabei trug er sich im Büro der Parlamentspräsidentin in das Ehrenbuch des Landtags ein. An dem anschließenden Gespräch nahmen auch der Honorarkonsul Bernd Moser und der Vorsitzende des Freundeskreises Litauen im Thüringer Landtag, Abgeordneter Gustav Bergemann (CDU), teil.

CDU-Fraktion verabschiedet sich von Dieter Althaus Manfred Scherer zieht in den Thüringer Landtag ein

Mit dem letzten Apriltag ist Ministerpräsident a.D. Dieter Althaus aus dem Landtag ausgeschieden. Er wechselte in den Vorstand des Automobilzulieferers Magna. Der Vorsitzende Mike Mohring bedankte sich im Namen seiner CDU-Landtagsfraktion bei Dieter Althaus und würdigte seine Verdienste für den Freistaat. „Von der ersten Stunde an, bald 20 Jahre, hat Dieter Althaus als Abgeordneter, Kultusminister, Fraktionsvorsitzender und Ministerpräsident die Geschicke Thüringens mit geprägt“, so Mohring. Dass Thüringens Schulsystem Vergleiche nicht scheuen braucht und zu den gerechtesten deutschlandweit gehört, sei auch eine Frucht seiner politischen Arbeit. Gleiches gelte für die herausragenden Rahmenbedingungen für Familien in Thüringen und eine robuste und dichte mittelständische Wirtschaft. „Mit festen Wurzeln in seiner Eichsfelder Heimat denkt Althaus über den Tag und den Teller-

rand hinaus, wie etwa sein Einsatz für das Solidarische Bürgergeld zeigt. Dafür gebührt ihm besonderer Dank“, sagte

Landtag zum Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs, von 2008 bis 2009 bekleidete er das Amt des Thüringer Innenmini-



Mohring. Nach dem Wechsel von Dieter Althaus zu Magna zieht Minister a.D. Manfred Scherer in den Thüringer Landtag ein. Mike Mohring begrüßte ihn in den Reihen der CDU-Fraktion. Scherer war von 1999 bis 2006 Staatssekretär im Thüringer Justiz- sowie im Innenministerium. 2006 wählte ihn der

sters. Geboren wurde Manfred Scherer im pfälzischen Friensheim. Nach der friedlichen Revolution zog es den heute 59-Jährigen nach Thüringen an das Bezirksgericht in Erfurt. Dort wurde er 1993 zum Präsidenten des Landesgerichts Erfurt ernannt. Im selben Jahr trat er der CDU bei.

Effektive Strukturen durch Landgemeinden

Bezahlbare und leistungsfähige Gemeindestrukturen auch bei zurückgehenden Einwohnerzahlen. Das ist ein Ziel der CDU-Landtagsfraktion für die nächste Zeit. Die CDU hat dabei vor allem die wachsende Zahl zu kleiner Verwaltungsgemeinschaften im Blick. Diese Gemeinschaften sollen dauerhaft mindestens 5000 Einwohner haben. 15 der insgesamt 85 liegen jedoch bereits jetzt darunter. Tendenz steigend. Der Innenexperte der Fraktion, Wolfgang Fiedler, rät diesen Verwaltungsgemeinschaften, sich in Landgemeinden umzuwandeln. Die Landgemeinde ist laut Fiedler eine attraktive Alternative, „weil sie Verwaltungseffizienz und identitätsstiftende örtliche Gestaltungsmöglichkeiten am besten verbindet.“

Rückenwind für Thüringer Familien Investition in die Qualität frühkindlicher Bildung

Kinder, Eltern und Erzieherinnen sind die Gewinner eines Gesetzespakets zu Kindertagesstätten und zur Familien-



sich Volker Emde (im Bild), der Bildungsexperte der CDU-Fraktion. Mit der zukünftigen Personalausstattung ist es laut Emde besser möglich, den „Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre“ umzusetzen und damit die Qualität frühkindlicher Bildung weiter zu steigern. Das Thüringer Erziehungsgeld beträgt weiter zwischen 150 und 300 Euro pro Monat. Es wird zukünftig jedoch für ein Jahr unmittelbar im Anschluss an das Bundeselterngeld gezahlt. Emde: „Das schafft zeitliche und finanzielle Flexibilität für die Familienphase. Wir stärken die Entscheidungsfreiheit der Eltern. Wenn das Elterngeld auf zwei Jahre gestreckt und das Erziehungsgeld anschließend in Anspruch genommen wird, entsteht sogar ein Zeitfenster von drei Jahren, in dem sich Mutter oder Vater vorrangig um ihren jungen Nachwuchs kümmern können.“

förderung, das der Landtag jetzt angenommen hat und das nach den Sommerferien in Kraft tritt. Anspruch auf einen Kindergarten-Platz haben die Jüngsten dann bereits ab dem ersten Geburtstag, und jede Erzieherin betreut weniger Kinder. „Eine Chance für die frühkindliche Bildung“, freut

Ziel: Haushalte ohne neue Schulden Einnahmenniveau nie wieder so hoch

Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen wieder Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt werden. Dieses erklärte Ziel der CDU-Landtagsfraktion wurde in einem gemeinsamen Entschließungsantrag mit der SPD im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen. Der Thüringer Landtag hatte zuvor den Haushalt 2010 mit einer Neuverschuldung von ca. 820 Millionen Euro mit den Stimmen der CDU/SPD-Koalition verabschiedet. Wie die CDU-Finanzpolitikerin Annette Lehmann (im Bild) in der Plenardebatte ausführte, werde mit dem Haushalt 2010 die Wirtschaft in der Krise unterstützt und Vorhaben der Koalitionsregierung angestoßen. Besonders wichtig sei es, dass die Konjunkturpakete und Förderprogramme vollständig gegenfinanziert werden. Zugleich werde durch die Kür-

zungen um ca. 60 Millionen Euro vom ursprünglichen Haushaltsentwurf signalisiert, wohin die Reise zukünftig gehen



wird. Nach den Worten der CDU-Politikerin werde das Einnahmenniveau nie wieder so hoch sein wie in diesem Jahr. Von Haushalt zu Haushalt stehe weniger Geld zur Verfügung, weil Solidarpaket, Länderfinanzausgleich und EU-Förderung zurückgingen.

Thüringer-Meer-Initiative beeindruckt im Landtag

Mit mehr als 50 Leuten – Alt und Jung – war die Bürgerinitiative Thüringer Meer am 28. April in den Landtag nach Erfurt gekommen, um für ihr Anliegen zu werben, die Saalekaskade ein aus mehreren Talsperren be-



stehendes, einmalig schönes Seengebiet in Ostthüringen, infrastrukturell, touristisch und wirtschaftlich zu entwickeln. An ihrer Oster-Brückenaktion an der Linkenmühle hatte Bodo Ramelow teilgenommen und die Initiative bestärkt, nach Erfurt zu kommen, um die Fraktionen und die Landesregierung für ihr Vorhaben zu begeistern. Das ist ganz offensichtlich gelungen, selbst die Ministerpräsidentin zeigte sich angetan von den Plänen und vor allem vom Enthusiasmus der Menschen. Bodo Ramelow sprach von der ganz großen Brücke, die sie mit dem fraktionsübergreifendem Engagement im Landtag angestiftet haben und von den Potentialen als einem bundesweiten touristischem Markenzeichen.

Gemeinsam gegen Neonazi-Aufmarsch

Als einen Erfolg zivilgesellschaftlicher Gegenwehr bezeichnete Bodo Ramelow, dass Neonazis und Rechtsextremisten am 1. Mai nicht durch Erfurt marschieren konnten.

Demokratische Parteien, Verbände, Vereine und Institutionen hatten gemeinsam ein starkes Signal gegen die menschenverachtende Ideologie von neuen und alten Rechtsextremisten und Neonazis gesetzt. „Das deutliche Nein ge-

Für einen gerechten kommunalen Finanzausgleich Bodo Ramelow: Statt Aussitzen von Politik Mut zum Umsteuern

Mit einer symbolischen Rathaus-Aktion (siehe Foto) wurde durch DIE LINKE vor dem Thüringer Landtag am Rande der Haushaltsdebatte am 30. April erneut auf die „Kommunen in Not“ aufmerksam gemacht. Bereits im Januar hatte die Fraktion in ganz Thüringen eine Kampagne gestartet, um die leeren Kassen vieler Kommunen in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken. DIE LINKE fordert eine angemessene Finanzausstattung durch eine Finanzverfassungsreform und einen gerechten kommunalen Finanzausgleich. In der Haus-

haltsdebatte hatte Fraktionschef Bodo Ramelow das „Aussitzen von Politik zwischen SPD

als Vision von „acht gleichmäßigen Verwaltungsräumen“ ausgegangen werden. „Können wir nicht acht jeweilige Wasser- und Abwasserverbände, achtmal eine Schulnetzplanung, achtmal eine Kommunalplanung betreiben. Können wir uns nicht darauf konzentrieren, dass mehr Aufgaben nach unten gegeben werden (...): Dieses Land Thüringen ist überschaubar genug, um eindeutig und klar mit strafferen Strukturen besser organisiert zu sein.“ Die Landesregierung schweige auch dazu, wie der Sozialstaat über „gerechte und breit aufgestellte Steuer-mehreinnahmen“ finanziert werden könne.



und CDU“ und ihre „Politikverweigerung“ kritisiert. Er nannte das Thema Verwaltungs- und Gebietsreform und forderte, den Mut zu haben zum Umsteuern. Warum könne nicht

Bessere Bedingungen in Thüringer Kindertageseinrichtungen Kita-Volksbegehrensinitiative nach langem Ringen erfolgreich beendet

Der Thüringer Landtag hat am 29. April mit den Stimmen aller fünf Fraktionen das Kita-Gesetz verabschiedet, mit dem den langjährigen Forderungen des Trägerkreises des Volksbegehrens für eine besser Familienpolitik in Thüringen entsprochen wird und sich die Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen in Thüringen wesentlich verbessern soll. Am Morgen vor Beginn der abschließenden Gesetzes-Beratung hatte Ralph Lenkert, Sprecher des Trägerkreises und

Bundestagsabgeordneter der LINKEN, gemeinsam mit weiteren Aktiven in gelben Kar-

mit Landtagsabgeordneten vor allem der Linksfraktion, aber auch der Grünen, hatte Ralph Lenkert betont, dass die Protestbewegung gegen die von der CDU-Althaus-Regierung beschlossenen Einschnitte „mehr als vier Jahre durchgehalten und ihre Schlagkraft nicht verloren hat. In Zukunft wird die Landespolitik lernen müssen, den Willen der Bürger ernst zu nehmen“. Leider wurde der Entschließungsantrag der LINKEN abgelehnt, mit dem sichergestellt werden sollte, dass Eltern nicht mit einer Erhöhung der Kita-Gebühren belastet werden.



tons vor dem Landtag die bisher gesammelten ca. 60.000 Unterschriften des Volksbegehrens präsentiert. Zusammen



Kita-Gesetz ist großer politischer Erfolg SPD-Fraktion dankt Initiatoren des Familien-Volksbegehrens

Gute Stimmung nach einem großen politischen Erfolg: Mit einem kleinen Empfang noch

besonders, dass die führenden Köpfe des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in

ner Rede an die Anfänge des Volksbegehrens. Das große Engagement der Eltern und an-



SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn, Petra Wygowski vom Trägerkreis Jena, Hans-Arno Simon, Peter Häusler, Ralf Lenkert (alle Sprecher des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik“) sowie Bettina Löbl (Vorsitzende vom Thüringer Landeselternverband), mit Kultusminister Christoph Matschie.

während des Plenums wurde die Verabschiedung der Kita-Reform auf der Etage der SPD-Fraktion gefeiert. Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn freute sich

Thüringen“ – Bettina Löbl, Peter Häusler, Hans-Arno Simon sowie Ralf Lenkert - der Einladung der SPD-Fraktion gefolgt waren. Höhn erinnerte in sei-

derer Unterstützer habe sich mit der breiten Zustimmung aller Fraktionen im Thüringer Landtag auf großartige Art und Weise vollendet. „Jetzt

kommt es darauf an, das vorliegende Gesetz mit Leben zu füllen“, sagt Höhn. „Jeder einzelne dieser Frauen und Männer hat der Entwicklung der Demokratie im Freistaat einen großen Dienst erwiesen“, sagte er an die Adresse von Löbl, Häusler, Simon und Lenkert. Er kündigte an, bei der Umsetzung der im Gesetz formulierten Vorhaben auch weiter auf eine enge Zusammenarbeit mit den Initiatoren des Volksbegehrens zusetzen. Auch Kultusminister Christoph Matschie, der das Anliegen der Initiative als Fraktionsvorsitzender von 2005 bis 2009 stets intensiv unterstützt hatte, kam zu dem Empfang, um danke zu sagen.

Haushalt ist gezielte Reaktion auf Krise SPD-Fraktionsvorsitzender: Verantwortbares Zahlenwerk



Von einem „verantwortbaren“ Haushalt sprach SPD-Fraktionschef Uwe Höhn in seiner Plenarrede. „Der soziale Friede ist ein Wert an sich, den es zu bewahren gilt.“ Investitionen in Köpfe und Kinder seien „rentierliche Investitionen.“ Ein schweres Stück Arbeit liegt hinter allen Beteiligten. Bedingt durch die Wirtschaftskrise, durch planmäßigen Rückgang der Sonderbundesergänzungszuweisungen und durch Einnahmeausfälle wegen der ungerechtfertigten Steuergeschenke der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, brechen im Jahr 2010 die Einnahmen dramatisch ein. So werden die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen im Jahr 2010 mehr als eine Milliarde Euro geringer ausfallen als noch 2008. Und das bei steigenden Ausgaben für Personal, Investitionen, Zuschüssen an

die Kommunen und weiteren gesetzlichen Leistungen. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Werner Pidde (Foto), nannte es unredlich, die Thüringer Landesregierung wegen der doch recht hohen Kreditaufnahme von 821 Mio. Euro zu kritisieren: „Wir haben bewusst einen Haushalt aufgestellt, mit dem der Krise mit Investitionen entgegen gewirkt werden kann. Alle Fördermittel von Bund und Europäischer Union werden kofinanziert.“ Um die Notwendigkeit von Einsparungen im Landeshaushalt zu unterstreichen, wurden durch die Koalitionsfraktionen ca. 160 Einsparvorschläge unterbreitet, durch die die vorgesehene Kreditaufnahme um ca. 60 Millionen Euro reduziert werden konnte. „Wir haben erhebliche Einsparungen erreichen können, ohne in der Krise notwendige Investitionen zu behindern und ohne politisch gewollte Projekte, wie die Aufstockung des Personals in den Kindertagesstätten und das längere gemeinsame Lernen durch die Einführung der Gemeinschaftsschule in Frage zu stellen“ so Pidde. Der Abgeordnete zeigte sich überzeugt, dass die Kreditaufnahme am Jahresende 2010 niedriger ausfallen wird, als jetzt im Plan ausgewiesen.

Gentzel unterstützt Stiftung „handinhand“

An einer Internet-Aktion der Thüringer Stiftung „handinhand“ nimmt der Landtagsabgeordnete Heiko Gentzel teil. Die Stiftung wurde 1992 von der damaligen Landesregierung gegründet und unterstützt Mütter und Familien, die sich in Not- und Konfliktsituationen befinden. Gentzel, der selbst Vater von zwei

erwachsenen Kindern ist, hat sich gerne an der Aktion beteiligt. Sein Enkel Emil, mittlerweile zwei Jahre alt, ist neben Lebensgefährtin Ines Gentzels größter Schatz. Die Stiftung im Internet:

<http://www.thueringer-stiftung-handinhand.de>

Weber wirbt für Baumpflanzaktion

Mit Carolin und Wencke von der Erfurter Europa-Schule hat sich Umweltpolitiker Frank Weber für einen guten Zweck ablichten lassen. „Hör auf zu reden - beginn zu pflanzen“ („Plant-for the Planet“) lautet das Motto einer Schülerinitiative, unter deren Dach Kinder weltweit Bäume als Zeichen der Klimagerechtigkeit

pflanzen. 132 Kinder aus 56 Ländern haben sich bislang an der Aktion beteiligt. In Deutschland wurden zur Klimakonferenz am 2. Mai in Bonn gemeinsam mit den dort versammelten Umweltministern der millionste Baum gepflanzt. Neben vielen anderen ist ein prominenter Unterstützer der Aktion der Musiker Peter Maffay.



**FDP-Fraktion
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72780
Fax: 0361 37 72705
www.thl-fdp.de

**Ausbildungsreife:
Mangelhaft!**

FDP fordert Strategien der Landesregierung zur Verbesserung des Ausbildungsstandes

Auf Antrag der FDP-Fraktion diskutierte der Thüringer Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde im April-Plenum das Thema „Ausbildungsreife“.

„Wir wollen den Anstoß zu einer Debatte geben, um dem Problem konstruktiv und auf breiter Front begegnen zu können“, erläuterte der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich. Immer mehr Unternehmen in Deutschland beklagen nicht nur die fehlende Teamfähigkeit, Belastbarkeit und Disziplin der Auszubildenden, so Kemmerich weiter. Auch die allgemeine Ausbildungsreife der Azubis lasse sehr zu wünschen übrig.

Als Folge organisierten mehr als die Hälfte der Betriebe Nachhilfestunden für die Nachwuchskräfte oder griffen auf spezielle Angebote der Bundesagentur für Arbeit zurück. Trotzdem: Im Jahr 2009 habe jeder fünfte Betrieb nicht alle Ausbildungsplätze vergeben können 50.000 Plätze seien unbesetzt geblieben.

Nach einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages seien vor allem das Gastgewerbe sowie die IT- und Medienbranche betroffen.

„Wir wollen konkrete Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung der Ankündigungen im Koalitionsvertrag“, betont Kemmerich.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf weiterführende Wege wie das Programm Randstad CSR- ein Projekt für Hauptschüler mit dem Titel „Du bist ein Talent“.

Durch Förderpatenschaften sollen die Abschlussquoten erhöht und die Berufsfähigkeit der Hauptschüler gesteigert werden.

Derzeit laufen insgesamt 13 Projekte in verschiedenen Bundesländern, leider keins davon in Thüringen.

**Zukunft Thüringens von steigenden Zinslasten geprägt
Landtag verabschiedet Haushaltsgesetz gegen die Stimmen der FDP-Fraktion**

Das Thüringer Haushaltsgesetz 2010 ist am 30. April gegen die Stimmen der FDP-Fraktion verabschiedet worden.

Zuvor wurden ein Entschließungsantrag und sechs Änderungsanträge abgelehnt, mit denen die FDP-Fraktion noch einmal die Neuverschuldung begrenzen wollte. Der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth bedauerte, dass es offenbar keinen ernsthaften Willen zur Sparsamkeit gebe. „Wenn es ums Schuldenmachen geht, wird Thüringen von einer ganz großen Koalition regiert.“ Die Zukunft des Thüringer Haushaltes werde von sinkenden Einnahmen bei steigenden Zinslasten geprägt. Dies raube künftigen Generationen jede Gestaltungsmöglichkeit, so Barth, der den Haushalt als „verantwortungslos“ bezeichnete.



am vorgelegten Haushalt der Regierungskoalition bekräftigt. Der Etat 2010 weise aufgrund der Neuverschuldung in die falsche Richtung. Die Landesregierung verspiele die Zukunft der kommenden Generationen. Recknagel sagte, Thüringen müsse in den kommenden Jahren zwei bis drei Milliarden Euro sparen. Die Einnahmesitu-

ation werde sich aufgrund der auslaufenden Solidarpaketregelung bis 2020 weiter verschärfen. Die FDP-Fraktion hatte 527 Änderungsvorschläge mit einem Gesamteinsparvolumen von 476,3 Millionen Euro zum Haushalt 2010 eingebracht. In ihren Sparbemühungen sieht sich FDP-Landtagsfraktion durch eine aktuelle Umfrage von Infratest dimap bestätigt. Danach lehnen

81 Prozent der Thüringer eine Neuverschuldung zur Finanzierung der Koalitionsvereinbarungen ab. Die Sorgen der Bürger um die Zukunft des Freistaats müsse man ernst nehmen, mahnt Barth. „Die Landesregierung müsse kräftig auf die Schuldenbremse treten und alle Ausgaben tabufrei auf den Prüfstand stellen.“

**Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern
FDP-Fraktion stimmt Kindertagesstättengesetz zu**

Die FDP-Fraktion hat dem Gesetz zur Änderung des „Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes“ zugestimmt. „Es ist richtig, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem Ausbau der Kita-Infrastruktur zu erleichtern, und es ist ebenso richtig, die Qualität der frühkindlichen Bildung zu verbessern“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Franka Hitzing. Die FDP sehe dennoch weiteren Verbesserungsbedarf. „Zentrales Merkmal einer guten und dem Bedarf gerecht werdenden Kinderbetreuungssituation ist die Frage der Länge der Öffnungszeiten der Einrichtungen“, merkte Hitzing an. Nur die wenigsten Arbeitnehmer und

Selbstständige seien in der Lage, bereits am Nachmittag ihre Kinder zu sich zu holen. „Wir brauchen die Möglichkeit, auch Kinder über 16 bzw. 18 Uhr hinaus in der Einrichtung zu belassen.“ Auch die Wochenenden dürften kein Tabu sein, sagte sie mit Blick auf Alleinerziehende, die im Einzelhandel tätig sind. Ein weiterer Problempunkt seien die pauschal ermittelten Zahlen an zusätzlich benötigten Erziehern und Erzieherinnen. Der vom Gemeinde- und Städtebund ermittelte Bedarf von etwas über 800 Beschäftigten differiere stark zu den über 2000 geplanten neuen Stellen. Es sei auch unklar, woher auf die Schnelle die vielen neuen Fachkräfte herkommen sollten.

Hitzing machte auf das Problem des Bestandsschutzes für bestehende Einrichtungen aufmerksam. Im ländlichen Bereich seien die Einrichtungen zumeist im Verhältnis zu den Kindern großzügig bemessen, anders sehe es aber in den Städten aus. In Jena habe z.B. der zuständige Finanzdezernent vor den Folgen für die Kommune gewarnt, die ohne Ausnahmegenehmigungen mindestens 9 weitere Einrichtungen benötigen würde. Aktuell könne sich aber kaum eine Kommune Neubauten leisten. Die Landtagsvizepräsidentin bekräftigte in der Debatte auch die Forderung nach einer bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Kommunen.



Über die Probleme der Landesschülervertretung (LSV) informierten sich der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth und die Landtagsvizepräsidentin und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Franka Hitzing in einem Gespräch am 16. April in den Räumen der FDP-Fraktion. Diskutiert wurde u.a. über die Gemeinschaftsschule, das Anliegen des Bildungsstreiks und die organisatorische Absicherung der Arbeit der LSV.

Editorial



Mit eindrucksvollen Demonstrationen hat sich die Anti-Atomkraft-Bewegung zurückgemeldet. Manche Beobachter sprachen schon von einer Wiedergeburt der Protestwelle der

80er Jahre. In Thüringen aber erkennen manche noch immer nicht, was diese Thematik mit dem Freistaat zu tun hat. Um es kurz zu machen: Ein Viertel des hiesigen Stromverbrauchs wird aus Atomkraft gespeist. Wir tragen also zum Erhalt dieser gefährlichen Technologie bei. Und im Störfall würde die austretende Strahlung nicht an der Landesgrenze halt machen. Das hatte bereits vor über 20 Jahren das Reaktorunglück von Tschernobyl auf erschreckende Weise gezeigt. Doch wir müssen gar nicht auf die Probleme in Forsmark oder Krümmel hinweisen, denn auch der Osten Thüringens leidet noch heute unter den Spätfolgen des Uranabbaus.

Nach milliardenschweren Investitionen in die Sanierung der ehemaligen Wismut-Standorte gelten etliche Gebiete um Ronneburg noch immer als strahlenbelastet. Und es ist völlig unklar, wer für die weiteren Arbeiten aufkommen soll. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lassen die Tatsachen nur einen Schluss zu: Atomstrom ist gefährlich und teuer und muss abgeschaltet werden. Die Atomrisiken steigen mit jedem Jahr, der Atommüllberg wächst unaufhörlich, die Profite der Atomkonzerne steigen und der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird ausgebremst. Wir meinen, der eingeschlagene und überaus erfolgreiche Weg des Er-

neuerbaren-Energie-Gesetzes muss fortgeführt werden, auch in Thüringen. Auch hier brauchen Wind- und Solarenergie Unterstützung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden im Landtag weiter für frischen Wind in dieser Sache sorgen.

*Herzlichst
Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende*

Grünes Haushalten ist zukunftsfähiges Haushalten

Carsten Meyer: Probleme des Freistaats im breiten Diskurs angehen

Nun steht er, der Landeshaushalt 2010. Wir konnten ihm nicht zustimmen, denn er lässt aus grüner Sicht sehr zu wünschen übrig. Vor allem ist er alles andere als zukunftsfähig.

„Unser Ansatz war, an diesem Haushalt zunächst exemplarisch an Beispielen zu zeigen, was wir für einen nachhaltigen Haushalt halten“, erklärt Carsten Meyer. Insgesamt schafften es zwölf Änderungsanträge bis in die Abstimmung. „Unsere zentrale Zielsetzung lautete: Nicht mehr, sondern besser.“ Daraus ergeben sich Forderungen wie die energetische Sanierung von Landesliegenschaften oder die Streichung von erhöhten Bauvorarbeiten als Reptilienfonds. Für die Grünen ist es grundlegend, trotz angespannter Haushaltslage weiter in Bildung zu

investieren. Im Etat 2010 gehören dazu die Ausbildung im Justizbereich und die Schulsozialarbeit. „Außer Frage steht für uns auch die staatliche Aufgabe, die Schwachen zu schützen“, so Carsten Meyer. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderten daher mehr Mittel für Schulpsychologen und das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Refugio. Alle Haushaltsaufgaben sind in den Green New Deal, das grüne Wirtschafts- und Zukunftsprogramm, einzuordnen. „Dazu gehören vor allem die Prinzipien: Arbeit vor Ort schaffen und Arbeit fair vergüten“, sagt Carsten Meyer. Zudem muss die Raumnutzung umweltverträglicher gestaltet werden. Das bedeutet unter anderem, die Straßensanierung finanzierbar zu halten und den -neubau einzu-

schränken. „Ganz klar ist auch, dass wir keine neuen Landesgebäude brauchen, aber genügend Finanzen für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Bauunterhaltung.“

Auch wenn der aktuelle Etat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Schulnote „ungenügend“ bekommt, bietet die Fraktion weiterhin Zusammenarbeit an, um gemeinsam bis 2014 wenigstens ein „Befriedigend“ zu erreichen. Mit der Zustimmung zu Anträgen anderer Fraktionen wurden bereits jetzt Einsparungen von 65 Millionen mitgetragen.

„Dass dieser Haushalt ein Übergang sein soll, verstehen wir als Signal: Künftig werden die Probleme des Freistaates hoffentlich im breiten Diskurs angegangen“, sagt Carsten Meyer.



Am 24. April demonstrierten deutschlandweit rund 15000 Menschen gegen Atomkraft.

Die bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Astrid Rothe-Beinlich und Jenni Schubert (im Bild) hatten sich in die Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel eingereiht.

„Neues Kita-Gesetz für eine bessere Familienpolitik“

Fünf Jahre nach Verabschiedung der von der CDU-Alleinregierung hervorgebrachten „Familienoffensive“ ist endlich ein neues Kita-Gesetz mit besseren Chancen für Kinder und mehr ErzieherInnen verabschiedet wurden. Die Ziele des „Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik“ wurden umgesetzt. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag, 2400 zusätzliche ErzieherInnen, kleinere Gruppen, mehr Platz und mehr Zeit für Bildung sind nur einige wichtige Erfolge durch das Engagement des Volksbegehrens. Dafür mussten jedoch knapp 60.000 Euro Unterschriften durch das Volksbegehren gesammelt werden, um den notwendigen Druck zur Umsetzung zu erzeugen. „Unser Dank

und unser Respekt gilt daher dem Trägerkreis des Volksbegehrens und allen Engagierten, die den Druck bis zuletzt aufrecht erhalten und tagtäglich Unterschriften gesammelt haben. Wir sind überzeugt davon, dass ihnen maßgeblich zu verdanken ist, dass auch die Regierung ihren Gesetzentwurf noch einmal nachgebessert hat, so dass wir letztlich zustimmen konnten“, gibt Astrid Rothe-Beinlich, Parlamentarische Geschäftsführerin und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bedenken. Die Frage der vollständigen Übernahme der Kosten des neuen Kitagesetzes durch das Land war bis zuletzt Gegenstand der Debatte. „Wir hoffen, dass die Landesregierung auch hält, was sie

versprochen hat: Alle Kosten übernimmt das Land“, so Astrid Rothe-Beinlich. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedankt sich vor allem für den langen Atem derjenigen, die Tag für Tag auf der Straße standen und

mit Eltern, mit Erzieherinnen gemeinsam für bessere Bedingungen für unsere Kinder gestritten haben, denn es war und ist keineswegs selbstverständlich, dass der Gesetzesentwurf so aussieht wie er jetzt aussieht.



Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war schon im Vorfeld des 1. Mai klar: Wir werden gewaltfrei zeigen, dass rechtsextrêmes Gedankengut in Erfurt und Thüringen unerwünscht ist. Dazu gab es u.a. die Aktion „Deine Hand gegen Nazis“ auf dem Erfurter Anger. Die Fraktion beteiligte sich auch am Probesitzen vor dem Landtag: Carsten Meyer (vorn links), Dirk Adams (vorn rechts) und Frank Augsten (hinten) auf der Jürgen-Fuchs-Straße.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

Der Landesbeauftragte
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Verantwortlich:
Dr. Rainer Kipper

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Kommunalabgaben - Das Leid mit den Beiträgen

„Kommunalabgaben“ - wer kennt sie nicht: die Straßenausbaubeiträge, die Abwasserbeiträge und eine Vielfalt von Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen. Viele Thüringer sehen sich bei ihrer Begegnung mit Kommunalabgaben, hier insbesondere Beiträgen, zum Teil das erste Mal in ihrem Leben damit konfrontiert, dass der Staat teils auch ohne ‚Vorwarnung‘ die Begleichung einer – mitunter horrenden - Geldsumme fordert.

Dies kann jeden treffen, der ein Grundstück hat: Rentner, die stolz darauf waren, ihr Häuschen bis zur Rente schuldenfrei zu haben, oder auch junge Menschen, die gerade dabei sind,

sich eine Existenz für ihre Familie aufzubauen. Die Bürgerbeauftragte kennt viele dieser Fallkonstellationen und die bei den Betroffenen ausgelösten Sorgen und Nöte. In diesen Fällen über die aktuelle Rechtslage und geltende Grundsätze zu informieren, ist nur die eine Seite der zu leistenden Arbeit. Den Bürgern jedoch zu erläutern, weshalb sie für eine Investitionsmaßnahme bezahlen sollen, obwohl sie keinen Einfluss darauf hatten, ob die Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll und in welcher Weise, ist eine ganz andere Seite. Problematisch erscheint insofern, dass die Abstimmung zwischen dem Stadt- oder Gemeinderat und den letztlich zah-

lungspflichtigen Bürgern nicht immer so eng ist, wie es aus demokratischer Sicht wünschenswert wäre.

Die Bürgerbeauftragte begrüßt es daher ausdrücklich, dass Änderungen des ThürKAG hinsichtlich der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen diskutiert werden. Die rechtlichen Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass Bürger bei zukünftigen Entscheidungen früher und stärker eingebunden werden, würde nach Auffassung der Bürgerbeauftragten in hohem Maße dazu beitragen, dass Ausbaumaßnahmen und deren beitragsrechtliche Auswirkungen eine höhere Akzeptanz bei den zukünftigen Beitragspflichtigen erfahren.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Gerichtsurteil: Name eines IM darf veröffentlicht werden

Entscheidung des LG Zwickau zur IM-Klarnamensnennung:

Das Urteil des Landgerichts Zwickau (Az- 1 O 1275 / 08) ist rechtskräftig: In der Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ darf der Name des IM „Schubert“ veröffentlicht werden. In dieser stellte Pfarrer Edmund Käbisch unter Nennung der tatsächlichen Namen und jeweiligen Decknamen, Werdegänge und Tätigkeiten verschiedener, ihm bekannt gewordener inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) innerhalb der Kirche in der DDR dar. Darunter auch IM „Schubert“. Vor dem Landgericht Zwickau erwirkte der klagende Pfarrer Käbisch nun das Recht, „wörtlich, durch Ausstellungen, in Veranstaltungen

jeglicher Art, in den Printmedien, mittels Videotechnik oder in sonstiger Weise zu behaupten oder zu verbreiten, dass es sich bei dem Beklagten um IM „Schubert“ handelt“. Das Gericht verwies in der Urteilsbegründung darauf, dass der Beklagte ausdrücklich einräumte, dass er der IM „Schubert“ war. Die Richter urteilten: „Die Verbreitung wahrer Tatsachen ist grundsätzlich hinzunehmen. Dies gilt selbst dann, wenn dies für den jeweils Betroffenen nachteilig sein kann.“ Begründet wird die Abwägung der schutzwürdigen Interessen des IM und des Rechts der freien Meinungsäußerung zugunsten von Pfarrer Käbisch wie folgt: „Der Kläger [Pfarrer Käbisch] geht zutreffend da-

von aus, dass nach wie vor ein starkes öffentliches Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und insbesondere der früheren Tätigkeit des MfS besteht. [...] Auch für das „Verständnis der Bedeutung der nunmehr bestehenden freiheitlich demokratischen Grundordnung“ sei die Nennung von Namen ehemaliger Stasi-IM wichtig; „Die Aufarbeitung hat deshalb entgegen der Auffassung des Beklagten nichts mit privatem «Eigennutz» zu tun und steht auch nicht in einem kurzlebigen journalistischen Interesse. Sie ist vielmehr unabdingbar notwendig, um die eigene historische Vergangenheit zu verstehen, zu bewerten und hieraus für die Zukunft die richtigen Schlüsse zu ziehen.“

Der Datenschutzbeauftragte

Gläserne Schüler und Eltern

Derzeit lässt sich ein großes wissenschaftliches Interesse an Schülern und ihren Elternhäusern beobachten. Mit dem Ziel, die Bildungsvermittlung in der Schule zu verbessern, Probleme zu erkennen und diesen entgegenzusteuern, führen zahlreiche staatliche und private Forschungsinstitute Umfragen an den Schulen durch.

Hierbei werden Schüler gebeten, an teilweise umfangreichen Erhebungsverfahren teilzunehmen, die aus datenschutzrechtlicher Sicht mitunter angreifbar sind. Gemäß § 57 Abs. 5 Thüringer Schulgesetz hat das für das Schulwesen zuständige Ministerium die Möglichkeit, ein Forschungsvorhaben, welches ein erhebliches wissenschaftliches

Interesse erkennen lässt, in den Schulen entweder verpflichtend oder aber, was weit häufiger vorkommt, mit Einwilligung der Betroffenen durchzuführen. Dabei reicht es nicht, nur den Schülern einwilligen zu lassen. Vielmehr müssen die Erziehungsberechtigten Kenntnis von dem Verfahren und insbesondere vom Inhalt der Erhebungsbögen erhalten und der Teilnahme ihres Kindes an der Untersuchung zustimmen. Immer wieder werden die Betroffenen durch missverständliche Formulierungen und Erläuterungen durch die Schule im Unklaren darüber gelassen, zu der Erhebung welcher Daten die Einwilligung erteilt werden soll. Der TlFD fordert in diesen Fällen

regelmäßig verständliche Erläuterungen auf dem Informationsschreiben. Angaben, die z. B. die Intimsphäre, die Familien- und Einkommensverhältnisse berühren, sind besonders geschützte Daten, die keinem Dritten bekannt werden sollen. Ein Einsammeln der Fragebögen in der Klasse durch Lehrer oder Schüler kann zu einer ungewollten Offenbarung solcher Daten führen. Sollen bei verpflichtend durchzuführenden, nicht anonymen Tests personenbezogene Daten z. B. über Eltern oder Geschwister erhoben werden, so ist aus datenschutzrechtlicher Sicht zu beachten, dass dies grundsätzlich bei den Betroffenen selbst und nicht bei Dritten (Schülern) zu erfolgen hat.